

DS-192/21-26

Entsperrung einer Stelle im Stellenplan 2022 im Produkt Wohnungswesen; Beschluss eines Personalbemessungsschlüssels

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 02.06.2022

Zur DS 192/21-26 liegt der beigefügte Änderungsantrag der CDU-Fraktion – DS 192-1/21-26 – vom 31.05.2022 vor.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.05.2022 - DS 192-1/21-26:

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion:

- "1. Die Vorlage wird zur erneuten Überarbeitung an den Magistrat zurückgewiesen.
- 2. Der Magistrat überarbeitet die Vorlage dahingehend, dass die notwendigen Arbeiten mithilfe eines Personaldienstleisters erbracht werden können.
- 3. Gleichzeitig erläutert der Magistrat die Herleitung der angenommenen Fallzahl von 350 Fällen pro Sachbearbeiter. Hierzu sind mindestens Vergleiche mit anderen Sonderstatusstädten aufzuzeigen."

wird mit 19 Nein-Stimmen bei 15 Ja-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung über die DS 192/21-26:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 19 Ja-Stimmen bei 15 Nein-Stimmen und 1 Stimm-Enthaltung folgenden Beschluss:

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

- 1. es sich bei der Auszahlung von Wohngeld gemäß §1 Abs. 2 der Wohngeldzuständigkeitsverordnung (WoGZustV) um eine Pflichtaufgabe nach Weisung handelt.
- 2. das Antragsvolumen der Wohngeldbehörde von 2018 zu 2021 um 37% gestiegen ist.
- 3. die Fallbelastung in Höhe von 454 Fällen je Sachbearbeitung zu hoch ist, um die Vorgaben des Regierungspräsidiums hinsichtlich einer angemessenen Bearbeitungszeit zu erfüllen.
- 4. in Folge der Novellierung des Wohngeldgesetzes zum 01.01.2022 mit einem weiteren Anstieg des Antragsvolumens zu rechnen ist.

B. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt

- 1. die Entsperrung einer im Stellenplan 2021 eingerichteten und mit Sperrvermerk versehenen Vollzeitstelle (TVöD 9a) für die Wohngeldsachbearbeitung im Bereich Wohnen.
- 2. einen Fallschlüssel von 1 zu 350 als Personalbemessungsgrundlage für die Wohngeldsachbearbeitung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich dafür

Rüsselsheim am Main, den 02.06.2022